

Firmen setzen auf Wachstum

IW-Konjunkturprognose. Nach dem Bremsmanöver im Winter hat die deutsche Wachstumslokomotive wieder Fahrt aufgenommen. In diesem Jahr wird die deutsche Volkswirtschaft voraussichtlich um 1¼ Prozent wachsen, und 2013 ist dann ein Plus von 2 Prozent drin.

Die Ergebnisse der Frühjahrsumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) (Grafik) untermauern die aktuelle Konjunkturprognose (Grafik Seite 2). Knapp 40 Prozent der 2.390 befragten Unternehmen gehen von einer steigenden Produktion im Jahr 2012 aus, nur knapp 17 Prozent erwarten Rückschläge. Damit hat sich die Stimmung gegenüber den Ergebnissen der

Umfrage vom Herbst vergangenen Jahres spürbar aufgehellt:

Der Saldo zwischen positiven und negativen Produktionserwartungen hat sich von gut 12 Prozentpunkten auf nunmehr 22 Prozentpunkte fast verdoppelt.

Allerdings gibt es zahlreiche Risiken. So befürchten zum Beispiel zwei von drei Firmen höhere Rohstoff- und Energiepreise und jeder

dritte Betrieb sieht höhere Arbeitskosten auf sich zukommen.

Weitere wichtige Ergebnisse der IW-Frühjahrsprognose:

- **Außenhandel.** Ein Rückfall der Weltwirtschaft in eine Rezession ist sehr unwahrscheinlich. Die Weltwirtschaft dürfte in diesem Jahr um 3½ Prozent und im nächsten Jahr um 4 Prozent wachsen. Das Welthandelsvolumen legt sogar um 5 beziehungsweise 6½ Prozent zu.

Insofern erwarten die deutschen Unternehmen gute Geschäfte. Jede vierte Firma setzt in diesem Jahr auf mehr Exporte, nur 11 Prozent →

IW-Konjunkturumfrage: Optimismus überwiegt

So viel Prozent der Unternehmen erwarten für das Jahr 2012 eine ■ Zunahme oder ■ Abnahme ihrer ...

	Westdeutschland		Ostdeutschland		Insgesamt	
Produktion	17,3	38,9	14,1	38,0	16,8	38,7
Exporte	11,2	27,1	10,1	20,7	11,0	26,2
Erträge	24,4	31,5	21,8	30,8	24,1	31,5
Investitionen	16,0	36,4	16,3	32,8	16,1	35,9
Beschäftigung	14,2	33,6	13,4	30,1	14,0	33,1

Rest zu 100: gleichbleibend; Quelle: IW-Befragung von 2.042 Unternehmen in Westdeutschland und 348 Unternehmen in Ostdeutschland im März/April 2012

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwkd 17 - Foto: Jonas Richter/MEY

Inhalt

Schleswig-Holstein. Im nördlichsten Bundesland finden am 6. Mai vorgezogene Wahlen statt. Die hohe Verschuldung wird auch die künftige Regierung zum Sparen zwingen.
Seite 3

Ingenieure. Die fünf Branchen mit der höchsten Dichte an Ingenieuren erwirtschaften fast die Hälfte der Einnahmen des deutschen Außenhandels.
Seite 4-5

USA. Auf den ersten Blick sehen die Wirtschaftszahlen des Landes wieder passabel aus, auf den zweiten Blick jedoch offenbaren sich immer noch große Probleme.
Seite 6-7

Tanzsport. Nicht erst seit der Fernsehshow „Let's dance“ ist Tanzen in Deutschland äußerst populär – sei es als Hobby oder als Leistungssport.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



→ glauben, dass sie weniger ins Ausland verkaufen.

Weil die Weltwirtschaft aber nicht im Gleichschritt wächst, dürften die Bestellungen aus den einzelnen Regionen unterschiedlich ausfallen:

Asien entwickelt sich relativ robust. Die chinesische Wirtschaft expandiert zwar etwas verhaltener als in der Vergangenheit, jedoch bleibt die Dynamik mit 8 Prozent hoch.

In Japan geht es nach der Katastrophe im vergangenen Frühjahr bergauf – sank das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2011 noch um 0,7 Prozent, ist für 2012 ein Plus von 2 Prozent zu erwarten. Maßgebliche Wachstumstreiber sind der private Konsum und die Investitionen.

Die USA stemmen sich aus dem Konjunkturtal, werden mit Wachstumsraten von 2 Prozent im Jahr

2012 und 2½ Prozent im Jahr 2013 aber noch nicht zur alten Stärke zurückfinden. So verharret etwa die Arbeitslosenquote 2012 mit 8 Prozent auf einem hohen Niveau und die Anpassungsprobleme am Immobilienmarkt dürften andauern.

Die Eurozone durchläuft in diesem Jahr eine Rezession. Am härtesten trifft es Griechenland und Portugal, aber auch in den großen Euroländern Italien und Spanien schrumpft das reale BIP um 1½ Prozent. Auch 2013 ist dort nicht mehr als ein Nullwachstum zu erwarten.

• **Investitionen.** Anreize, die Kapazitäten auszuweiten, sind derzeit weniger stark ausgeprägt als noch in den Boom-Jahren vor der Krise. Denn die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie liegt mit 85 Prozent nur knapp über dem langjäh-

rigen Durchschnitt – ohne das Krisenjahr 2009 sogar leicht darunter.

Auf der anderen Seite sind die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen günstig. Die Zinsen für Investitionskredite bleiben auf einem sehr niedrigen Niveau. Eine Kreditverknappung oder gar Kreditklemme ist momentan nicht zu erwarten. Nicht zuletzt deshalb wollen 36 Prozent der befragten Firmen Geld in neue Maschinen und Anlagen stecken, nur 16 Prozent reduzieren ihr Investitionsbudget.

• **Arbeitsmarkt.** Ein Drittel der Betriebe will 2012 neue Mitarbeiter einstellen; nur 14 Prozent streichen Stellen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2012 auf 2,8 Millionen und die Arbeitslosenquote auf 6¼ Prozent zurückgehen.

IW-Prognose für 2012 und 2013

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2011	2012	2013
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	1,3	1	1¼
Arbeitslosenquote	7,1	6¼	5¾
Arbeitsvolumen	1,7	¾	1
Produktivität	1,3	½	1
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1¼	2
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	1,5	1	1
Konsumausgaben des Staates	1,4	1	1½
Anlageinvestitionen	6,4	3	5
– Ausrüstungen	7,6	3¾	7½
– Sonstige Anlagen	4,8	4	5
– Bauten	5,8	2¼	3¼
Inlandsnachfrage	2,3	1½	2
– Export	8,2	3	5
– Import	7,4	3	5¼
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,3	2	2
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-1,0	-1	-½

Stand: April 2012; Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen; Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde; Finanzierungssaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts; Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

++ Nachgefragt +++ Nach

Holger Schäfer ist einer der Autoren der IW-Prognose

Sie rechnen mit mehr Jobs – woher sollen die angesichts des Fachkräftemangels kommen?

Wenn die Kinderbetreuung verbessert wird, können zum Beispiel bisher nicht erwerbstätige Frauen arbeiten. Ab Ende 2013 dürfen auch Rumänen und Bulgaren in Deutschland ohne Auflagen arbeiten, diese Freizügigkeit dürfte der Zuwanderung einen neuen Schub verleihen. Und drittens gehen immer weniger ältere Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand.

Auch das Arbeitsvolumen soll laut Prognose zunehmen?

Wenn die Konjunktur anzieht, gibt es üblicherweise mehr Überstunden. Die klassischen Überstunden werden jedoch zunehmend von Arbeitszeitkonten abgelöst, die im Boom aufgestockt und in Notzeiten abgeschmolzen werden. Überdies dürfte künftig weniger Teilzeit und mehr Vollzeit gearbeitet werden.

Kiel muss kürzen

Schleswig-Holstein. Im nördlichsten Bundesland finden am 6. Mai vorgezogene Wahlen statt. Trotz zuletzt recht guter Wachstums- und Arbeitsmarktdaten wird die künftige Landesregierung angesichts der hohen Verschuldung kräftig sparen müssen.

Torsten Albig von der SPD oder der CDU-Kandidat Jost de Jager: Wer auch immer als Ministerpräsident künftig in Kiel regieren wird, hat in Sachen Wirtschaft einiges zu tun. Zwar erreichte Schleswig-Holstein im Schnitt der Jahre 2005 bis 2010 ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,4 Prozent – während die deutsche Wirtschaft insgesamt nur auf ein Plus von 1,1 Prozent pro Jahr kam (Grafik). Zuletzt aber hat sich der Wind gedreht:

Im Jahr 2011 legte das reale BIP in Schleswig-Holstein mit 2,2 Prozent deutlich schwächer zu als in Deutschland insgesamt (3 Prozent).

Der hohe Norden der Republik müsste jedoch höhere Wachstumsraten erzielen als der Rest der Republik, um bei der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung – sie betrug 2010 nur gut 26.700 Euro – in absehbarer Zeit zum deutschen Durchschnittswert aufzuschließen.

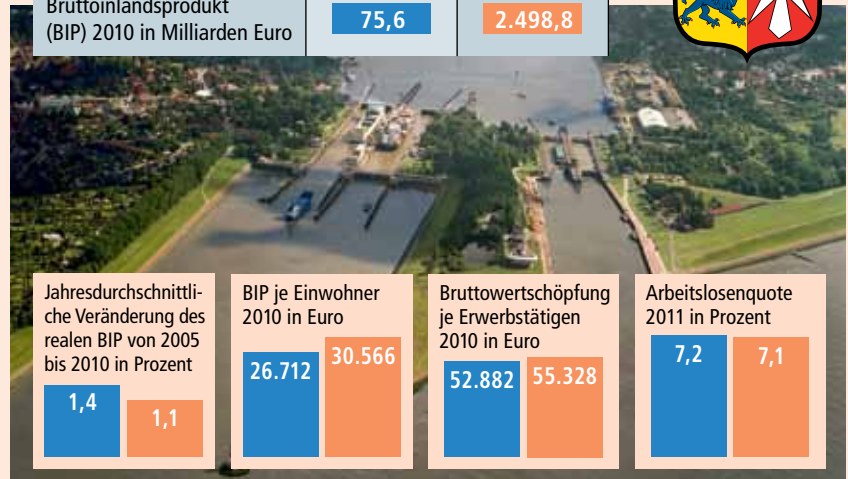
Dass Schleswig-Holstein vom Aufschwung der Jahre 2010 und 2011 nicht so stark profitiert hat, hängt mit seiner Wirtschaftsstruktur zusammen. Denn der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung ist mit rund 15 Prozent niedriger als in allen anderen westdeutschen Flächenstaaten – es sind aber gerade die exportorientierten Industriebran-

Schleswig-Holstein in Zahlen

■ Schleswig-Holstein ■ Deutschland

Einwohner 2011 in 1.000	2.837	81.800
Erwerbstätige 2010 in 1.000	1.282	40.483
Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2010 in Milliarden Euro	75,6	2.498,8

Wahl 2012



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt Nord, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw-d 17 - Foto: Robert Kalb/MEV

chen, die die deutsche Wirtschaft vorantreiben, wenn die globale Konjunktur anzieht.

Die stärksten Industrien sind in Schleswig-Holstein Werften, das Ernährungsgewerbe, die Windenergiebranche und die Chemie. Das Gros der Wirtschaftsleistung stammt jedoch aus dem Dienstleistungsbereich. Vor allem der Tourismus spielt eine wichtige Rolle, allerdings ist die Konkurrenz durch das Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern groß.

Unterm Strich wuchs die Wirtschaft zuletzt immerhin kräftig genug, um dem Arbeitsmarkt einen Schub zu geben:

Von Januar 2011 bis Januar 2012 stieg die Zahl der Beschäftigten um 20.100 oder 2,4 Prozent.

Damit sollten auch die Jobverluste aufgrund der Bundeswehrreform zu verkraften sein – mehr als 20.000 Planstellen für Soldaten und

Zivilangestellte werden zwischen Nord- und Ostsee wegfallen. Ein hartnäckiges Problem sind allerdings die hohen Arbeitslosenquoten in den Städten Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster, die bis zuletzt über der 10-Prozent-Marke blieben.

Für aufwendige Maßnahmen, um die Landeskonzunktur und damit auch die Beschäftigung in Schwung zu bringen, fehlt der Regierung in Kiel bis auf Weiteres das Geld:

Mit 9.400 Euro je Einwohner sind die Schulden Schleswig-Holsteins nach dem Saarland die zweithöchsten aller deutschen Flächenstaaten.

Trotz der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich lag die Neuverschuldung im Jahr 2011 bei 700 Millionen Euro – fast 1 Prozent der Wirtschaftsleistung. Um die Schuldenbremse (vgl. iw-d 42/2011) einzuhalten, sind Einschnitte daher künftig unvermeidlich.

Gefährdete Spezies

Ingenieure. Deutschlands Techniküftler halten die Wirtschaft auf Trab: Die fünf Branchen mit der höchsten Dichte an Ingenieuren leisten das Gros aller Innovationsausgaben und erwirtschaften fast die Hälfte der Einnahmen aus dem Außenhandel. Der demografische Wandel könnte diese Erfolgsgeschichte allerdings bremsen, wenn nicht verstärkt in die Ausbildung der klugen Köpfe investiert wird.

In Deutschland arbeiten 1,6 Millionen Ingenieure. Konservativ gerechnet, sorgen sie über alle Branchen hinweg für eine Wertschöpfung von fast 180 Milliarden Euro im Jahr.

Etwa die Hälfte der Ingenieure ist in einem traditionellen Ingenieurberuf beschäftigt. Die andere Hälfte verdient ihr Geld zum Beispiel als Hochschulprofessor oder als Geschäftsführer eines Hightechunternehmens.

Allein rund 79.000 Ingenieure sind als Manager in der Industrie tätig.

Damit haben die meisten Geschäftsführer und Manager im Produzierenden Gewerbe ihren Studienabschluss in den Ingenieurwissenschaften abgelegt – und nicht etwa in Betriebswirtschaftslehre.

Auch im Controlling und im Vertrieb von Hightechunternehmen fühlen sich Ingenieure zu Hause. Denn in diesen Bereichen ist es wichtig, dem Kunden eine passende technische Lösung anzubieten. Zudem werden Ingenieure in der öffentlichen Verwaltung benötigt, etwa in Bauämtern und Prüfbehörden, wo sie als Berater Lösungen für technische Fragen entwickeln.

Wer also nach dem Bedarf an Ingenieuren in Deutschland fragt, darf nicht nur deren klassische Einsatzfelder auf dem Arbeitsmarkt sehen. Diese könnten zwar mit der heutigen Zahl an Ingenieurabsolventen gedeckt werden. Wer aber würde dann zum Beispiel die Maschinenbauprofessur übernehmen?

Sollen auch künftig alle Berufe, für die Ingenieur-Know-how notwendig ist, wie bisher mit Ingenieuren versorgt werden, müssen jährlich 36.000 bis 41.000 Nachwuchskräfte bereitstehen, um freie Stellen zu besetzen. Hinzu kommen noch einmal rund 40.000 Ingenieursjobs, die durch den technologischen Fortschritt entstehen – unterm Strich sind also jährlich bis zu gut 80.000 Absolventen gefragt. Davon ist Deutschland noch weit entfernt, doch immerhin:

Die Zahl der Studenten, die ihren ersten Abschluss in den Ingenieurwissenschaften abgelegt haben, ist von 34.000 im Jahr 2005 auf rund 50.000 im Jahr 2010 gestiegen.

Auch in den nächsten fünf Jahren dürften die Absolventenzahlen weiter steigen. Denn dank der doppelten Abiturjahrgänge und der Abschaffung der Wehrpflicht haben zuletzt mehr junge Leute ein Ingenieurstudium aufgenommen als je zuvor. Doch das sind Einmaleffekte – gegen Ende des Jahrzehnts dürften die Absolventenzahlen wieder sinken und

Die Ingenieurhochburgen

Die fünf Branchen mit dem höchsten Ingenieuranteil an allen Erwerbstätigen



	Erwerbstätige Ingenieure	Erwerbstätige insgesamt (Ingenieuranteil in Prozent)	Innovationsausgaben in Milliarden Euro	Exporte in Milliarden Euro
Technischer Service/Forschungs- und Entwicklungs-Dienstleistungen	231.000	652.000 (35,4)	3,4	10,4
Maschinenbau	148.000	1.125.000 (13,2)	11,8	161,2
Elektroindustrie	109.000	824.000 (13,2)	13,6	151,1
Fahrzeugbau	163.000	1.296.000 (12,6)	33,7	225,7
EDV/Telekommunikation	72.000	682.000 (10,6)	10,5	13,4
insgesamt	723.000	4.579.000 (15,8)	73,0	561,8
Anteil dieser Branchen an der Gesamtwirtschaft in Prozent	45,1	11,8	60,2	44,8

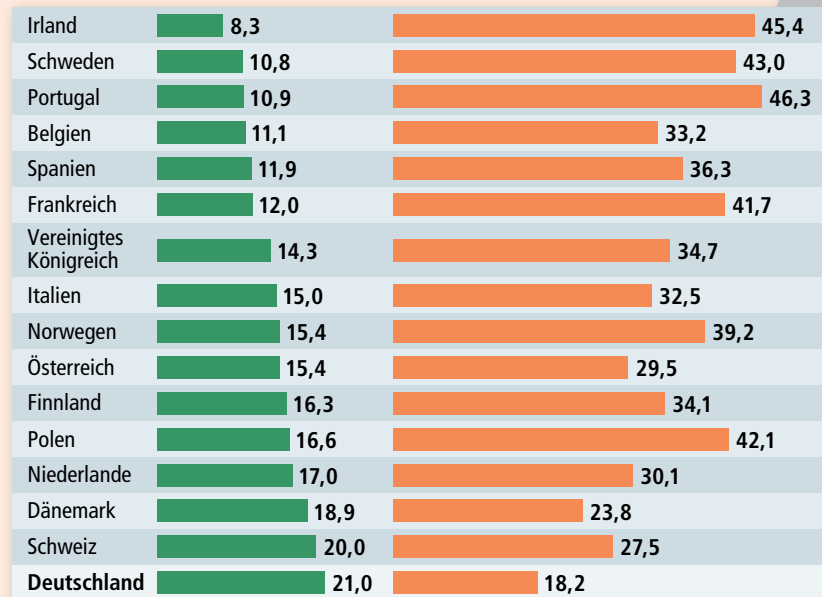
Exporte: Einnahmen aus Außenhandel und Dienstleistungen
 Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, ZEW, Deutsche Bundesbank



Ingenieure: Deutschland fehlt der Nachwuchs

So viel Prozent aller erwerbstätigen Ingenieure sind ...

■ mindestens 55 Jahre alt ■ höchstens 34 Jahre alt



Stand: 2009
Ursprungsdaten: Europäische Arbeitskräfteerhebung

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw17

die Fachkräfteengpässe erneut zu nehmen.

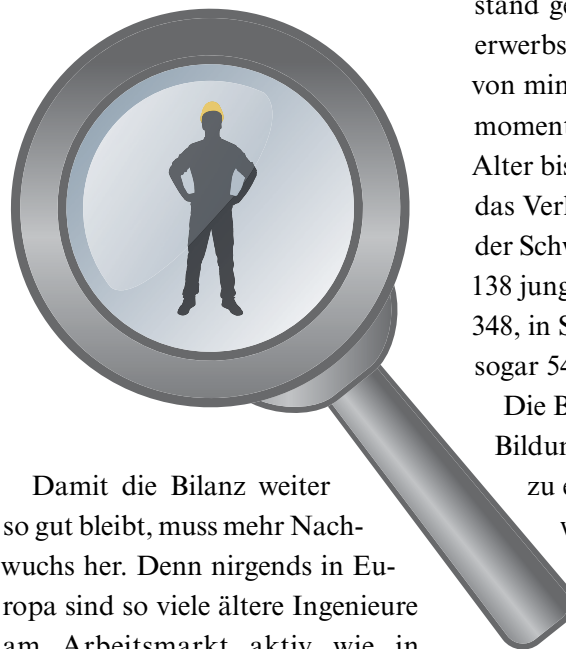
Dabei sind die Aussichten für den Nachwuchs glänzend: So gehörten die Ingenieure in den vergangenen Jahren neben den Ärzten zu den größten Gehaltsgewinnern (Vgl. iwD 15/2012).

Ein Grund für die gute Entlohnung ist, dass das Geschäftsmodell Deutschland ohne die technischen Tüftler kaum funktionieren würde. Warum nicht, macht ein Blick auf die fünf Branchen mit den höchsten Ingenieuranteilen an den Erwerbstätigen deutlich: Sie investieren zusammen jedes Jahr rund 73 Milliarden Euro, um Innovationen hervorzubringen (Grafik Seite 4). Das sind mehr als 60 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen für Neuerungen – obwohl nur 12 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in diesen Branchen tätig sind. Der Erfolg der fünf Ingenieurhochburgen – das sind der technische Service sowie Dienstleistungen in der Forschung und Entwicklung, die Elektroindustrie, der Maschinenbau, der Fahrzeugbau und die EDV/Telekommunikation – zeigt sich auch bei den Exporten.

Im Jahr 2011 erwirtschafteten die „Big Five“ mit 562 Milliarden Euro rund 45 Prozent aller Exporteinnahmen aus Waren- und Dienstleistungshandel.

Noch ein bisschen höher ist das Gewicht der Ingenieurbranchen, wenn man sich die gesamte Bilanz aus dem Auslandsgeschäft anschaut: Die fünf Wirtschaftszweige erreichten im Jahr 2011 zusammen einen Überschuss von 223 Milliarden Euro.

Das waren 47 Prozent mehr als die gesamte Volkswirtschaft zusammen, denn einige andere Branchen weisen ein Defizit auf.



Damit die Bilanz weiter so gut bleibt, muss mehr Nachwuchs her. Denn nirgends in Europa sind so viele ältere Ingenieure am Arbeitsmarkt aktiv wie in Deutschland und müssen bald durch Jüngere ersetzt werden (Grafik).

Hierzulande ist mehr als jeder fünfte erwerbstätige Ingenieur mindestens 55 Jahre alt.

Das Alter allein ist nicht schlimm, schließlich bringt es auch eine Menge an Erfahrung mit sich. Doch wenn die alten Hasen in den Ruhestand gehen, wird es eng: Auf 100 erwerbstätige Ingenieure im Alter von mindestens 55 Jahren kommen momentan lediglich 87 jüngere im Alter bis 34 Jahren. Ganz anders ist das Verhältnis im Rest Europas: In der Schweiz kommen auf 100 ältere 138 junge Ingenieure, in Frankreich 348, in Schweden 397 und in Irland sogar 547.

Die Bemühungen der Politik, die Bildungschancen in Deutschland zu erhöhen, könnten die Nachwuchsprobleme zumindest etwas mindern. Denn Ingenieure sind die Bildungsaufsteiger par excellence (vgl. iwD 14/2011): In keinem anderen Fach kommen so viele Hochschulabsolventen aus Elternhäusern ohne akademischen Abschluss.

Das gelähmte Land

USA. Die aktuellen Kennzahlen der amerikanischen Wirtschaft erwecken den Anschein, als ginge es mit dem gebeutelten Land wieder aufwärts. Doch wer tiefer gräbt, merkt schnell, dass die USA noch viele Probleme zu lösen haben – ganz gleich, ob der Präsident in Zukunft Obama oder Romney heißt.

In den vergangenen Monaten gab es gute Nachrichten aus den USA: Die Arbeitslosenquote sank nach ihrem Höchststand von 10,1 Prozent im Oktober 2009 auf aktuell 8,2 Prozent. Die Wiederbelebung des Arbeitsmarkts spiegelt sich auch in den Konsumausgaben wider: War der private Konsum im Jahr 2008 erstmals seit langem gesunken – von 9,3 Billionen auf 9 Billionen Dollar –, erreichte er im Februar 2012 mit 9,5 Billionen Dollar ein Allzeithoch. Auch die gesamtwirtschaftliche Leistung der USA, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), legte zu:

Von 2010 auf 2011 erhöhte sich das BIP um 227 Milliarden auf 13,3 Billionen Dollar.

Haben die USA das Ruder nach der Finanzkrise also wieder herumrei-



ßen können? Bei genauerer Betrachtung lautet die Antwort eindeutig: „Nein.“ Denn die immensen finanziellen Verbindlichkeiten des Landes überschatten alles:

Die amerikanische Staatsverschuldung liegt derzeit bei 15,6 Billionen Dollar – das ist die höchste absolute Verschuldung der Welt.

Während das reale BIP der USA in den vergangenen zehn Jahren um insgesamt nur gut 17 Prozent zulegte, stieg die Verschuldung des Staates um fast 160 Prozent.

Die Schuldenquote liegt mittlerweile bei mehr als 100 Prozent der Wirtschaftsleistung (Grafik) – das sind rund 49.500 Dollar pro Kopf. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung knapp 34.000 Dollar. Selbst Griechenland hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von „nur“ 38.900 Dollar.

Deshalb sind auch Joe und Jane Average, also die Durchschnittsme-

rikaner, längst nicht mehr der stets verlässliche Konsummotor der amerikanischen Wirtschaft, wie ein prominentes Beispiel zeigt:

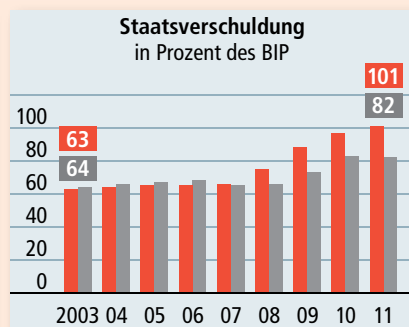
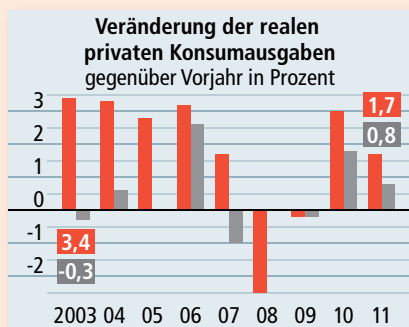
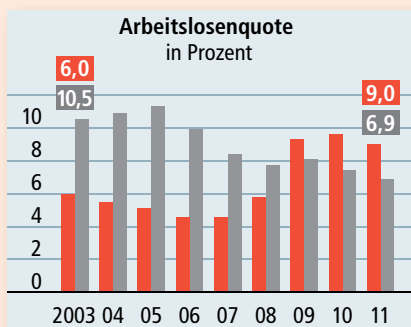
Im Februar 2012 gab Walmart, einer der größten US-Einzelhändler, zwar bekannt, dass er seine Umsätze gesteigert hat. Das Unternehmen konnte dieses Plus allerdings nur durch mehr Sonderangebote und Preissenkungen erreichen – der Gewinn brach im gleichen Zeitraum deshalb um fast 15 Prozent ein.

Walmart ist kein Einzelfall – überall müssen Firmen dem veränderten Konsumentenverhalten mit Billigangeboten Rechnung tragen. Denn viele Amerikaner sind wegen der immer noch hohen Arbeitslosigkeit und hoher privater Kreditschulden zum Sparen verdammt. Die Konsequenz ist bitter: Zwar konsumieren die Amerikaner inzwischen mehr denn je, doch davon haben die Produzenten in den USA wenig, denn die Verbraucher geben ihr Geld vorwiegend für importierte Billigprodukte aus.

Die Verlagerung des Konsums auf ausländische Produkte – insbeson-

Uncle Sam sieht alt aus

■ USA ■ Deutschland



dere aus China – spiegelt sich in der Außenhandelsbilanz wider (Grafik):

Das Außenhandelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten ist seit dem Krisenjahr 2009 um gut 60 Milliarden auf mehr als 410 Milliarden Dollar im Jahr 2011 gestiegen.

Die sinkende Arbeitslosenquote ist angesichts dieser Entwicklung nur ein scheinbarer Widerspruch, denn die Quote ist ein „nachlaufender Indikator“: Er bildet also nicht die Ist-Situation oder die nahe Zukunft ab, sondern reagiert mit einer gewissen Zeitverzögerung auf frühere Entwicklungen.

Im konkreten Fall waren das die Niedrigzinspolitik der Zentralbank und staatliche Subventionen – beides milderte die Auswirkungen der Finanzkrise ab. Also konnten Banken Kredite billiger vergeben; die Konsumenten fragten wieder mehr Waren und Dienstleistungen nach und die Unternehmen reagierten auf die erhöhte Nachfrage mit Neueinstellungen. Ob die US-Unternehmen das zusätzliche Personal aber in den kommenden Jahren noch bezahlen können, ist längst nicht sicher.

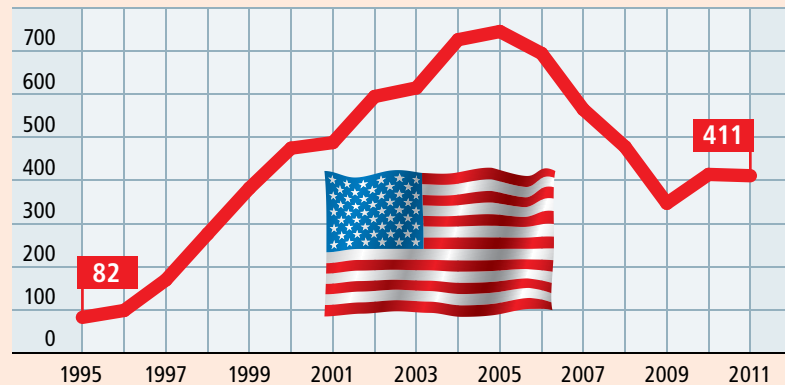
Euphorie ist außerdem nicht angebracht, weil die Arbeitslosigkeit trotz des Rückgangs auf historisch hohem Niveau ist. Zudem ist es fraglich, ob die niedrigere Quote Substanz hat – denn die neuen Jobs können viele Arbeitnehmer offenbar nicht ernähren:

Trotz sinkender Arbeitslosenrate stieg im Jahr 2011 die Zahl jener Amerikaner, die auf staatliche Lebensmittelmarken angewiesen waren, nochmals um 4,4 Millionen.

Schon von 2009 auf 2010 hatte sich die Zahl um 7 Millionen erhöht. Insgesamt versorgt das Supplemental Nutrition Assistance Program

Außenhandel: USA kräftig im Minus

Reales Außenhandelsbilanzdefizit in Milliarden Dollar, jeweils zum Jahresende



Top 3
Importe in die USA
2010 in Milliarden Dollar

Kanada
290

China
284

Mexiko
211

Quellen: Bloomberg,
Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iw17

mittlerweile rund 45 Millionen US-Bürger mit Lebensmittelkarten – knapp 15 Prozent der amerikanischen Bevölkerung.

Deshalb spricht einiges dafür, dass der amerikanische Aufschwung weder nachhaltig ist, noch alle sozialen Schichten erreicht. Der US-Präsident, der im Herbst 2012 neu gewählt wird, steht also vor großen Herausforderungen:

- In den USA müssen ausreichend bezahlte Arbeitsstellen für Fachkräfte geschaffen werden.
- Die Vereinigten Staaten müssen ihr Bildungssystem reformieren, die Qualität der Lehre verbessern und für mehr Chancengleichheit sorgen.
- Der aufgeblähte Militärapparat muss weiter verkleinert werden. Die Rüstungsausgaben liegen momentan

bei 706 Milliarden Dollar. Damit sind die USA einsame Spitze: Die EU gibt 281 Milliarden Dollar für ihre Armeen aus, China 114 Milliarden und Russland 63 Milliarden.

• Es gilt, die teils marode Infrastruktur zu erneuern. Der amerikanische Verband der Bauingenieure kalkuliert, dass in den kommenden fünf Jahren 2,2 Billionen Dollar in Straßen, Schienen etc. gesteckt werden müssen.

Doch die aktuelle politische Situation in den USA ist wenig geeignet, den Niedergang des Landes zu stoppen: Obama kommt mit seinen Reformen seit den Zwischenwahlen des Jahres 2010 kaum voran. Seitdem stellen die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus und blockieren die Gesetzesvorhaben der Demokraten.

Die amerikanische Lähmung wird wohl nur aufgehoben, wenn die Wahlen im Herbst für eindeutige Machtverhältnisse sorgen.

Die bewegte Republik

Tanzsport. Nicht erst seit Promis im Fernsehen mehr oder weniger elegant übers Parkett schweben, ist Tanzen in Deutschland äußerst populär – sei es als Hobby oder Leistungssport.

Am 28. April trifft sich die internationale Elite des Tanzsports in Koblenz, um die diesjährigen Europameister in den Standardtänzen zu küren. Zu den heißen Favoriten auf den Titel zählen auch die beiden für Deutschland startenden Paare: Benedetto Ferruggia und Claudia Köhler, die Europameister der vergangenen drei Jahre und amtierende Vizeweltmeister, sowie Simone Segatori und Annette Sudol, zuletzt welt- und europaweit auf Rang drei.

Dass deutsche Paare in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten bei internationalen Wettbewerben in den Standard- und lateinamerikanischen Tänzen immer wieder auf dem Treppchen standen, ist kein Wunder. Denn Tanzen zählt hierzu-

Let's dance

Die zehn größten Tanzsportvereine Deutschlands

	Zahl der Mitglieder im Jahr 2011	Mitgliedsbeitrag je Monat in Euro
TC Capitol Bremerhaven	1.111	8 bis 19,50
1. TC Ludwigsburg	1.004	11 bis 34
TSC Grün-Weiß Aquisgrana Aachen	900	3 bis 24
Schwarz-Rot Club Wetzlar	797	5 bis 30
TSC Rot-Gold-Casino Nürnberg	761	8 bis 27
1. TGC Redoute Koblenz + Neuwied	754	5 bis 16
TC Rot-Gold Würzburg	751	7 bis 20
1. Tanzsport-Club Emsdetten young & old	737	3 bis 22
TSC Rot-Gold Sinsheim	737	3 bis 18
TSG Leverkusen	727	6 bis 21

Mitgliedsbeiträge: gestaffelt unter anderem nach Alter sowie danach, welche und wie viele Trainingsangebote in Anspruch genommen werden; Quellen: Deutscher Tanzsportverband, Internetseiten der Vereine

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwkd 17

lande nicht erst seit der Fernsehshow „Let's dance“ zu den beliebtesten Sportarten. Die gut 2.200 dem Deutschen Tanzsportverband (DTV) angeschlossenen Vereine haben derzeit rund 220.000 Mitglieder. Damit steht der DTV auf Rang 18 der 60 Spitzenverbände des Deutschen Olympischen Sportbunds. Unter dem DTV-Dach sind zudem die Anhänger des Jazz- und Modern Dance, Gardetanzgruppen und Boogie-Woogie-Tänzer vereint.

Die größten Tanzsportclubs finden sich keineswegs nur in den Millionenstädten, sondern sie sind quer über die Republik verteilt (Grafik):

Der mitgliederstärkste Verein des DTV ist der TC Capitol Bremerhaven mit mehr als 1.100 Tänzern. Zu den Tanzsportmekkas zählen auch Ludwigsburg und Aachen.

Zwar sind Walzer, Cha Cha und Discofox für die meisten Club-Tänzer nur ein Hobby, doch immerhin 26.000 trainieren mit größeren Ambitionen und stellen sich in nationalen oder gar weltweiten Turnieren der Konkurrenz – sei es als einzelnes Paar oder in einer der rund 40 Standard- und 150 Latein-Formationen.

Wer sich auf dem Parkett den Wertungsrichtern präsentieren will, muss dann allerdings auch meist recht tief in die Tasche greifen: Während ein Hobbytänzer in den Vereinen oft schon mit weniger als 10 Euro im Monat dabei ist und darüber hinaus höchstens ab und zu ein paar Tanzschuhe braucht, blättern Turniertanzpaare allein für ein maßgeschneidertes Kleid oder einen Frack schnell einmal einen vierstelligen Betrag hin.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwkd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.